

# Leipziger Tageblatt

## Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 337

Hauptstiftsteller: Dr. Coerth, Leipzig

Sonnabend, den 19. Juli

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

# Scheitern des Weltproteststreiks?

## Zeilstreiks als Rundgebungen zum Weltprotest

Berlin, 19. Juli. (Drahtbericht) Unterer Berliner Schriftsteller... Was die Arbeitssache am 21. Juli anbelangt, ist festzustellen, daß die Situation zur Stunde nicht geklärt ist. Ein Teil der Arbeiterschaft, der politisch zu den Unabhängigen gehört, ist geneigt, die Parole des Streiks zu befolgen. Die mehrheitlich sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten und die Demokraten lehnen gemäß der Parole ihrer Parteien den Streik ab. Ein Generalstreik wird es auf keinen Fall werden.

Die Arbeiter und Angestellten der Berliner städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke haben sich bisher weder für noch gegen den Streik ausgesprochen. Ebenso ungeklärt ist die Lage bei den Verkehrsanstalten. Ob die Straßenbahn fahren kann oder nicht, hängt auch davon ab, ob die Elektrizitätswerke arbeiten und den Strom liefern werden. Von der Direktion ist den Angestellten vorgeschlagen worden, ein Kompromiß in der Weise zu schließen, daß gearbeitet wird, daß aber eine Stunde lang, etwa zwischen 12 bis 13 Uhr mittags, sämtliche Straßenbahnwagen angehalten werden und stillstehen. Das könnte als Demonstration angesehen werden. Die Buchdrucker werden wahrscheinlich nicht streiken, so daß das Erscheinen der Zeitungen keine Unterbrechung erleiden wird.

Düsseldorf, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Die Düsseldorfer Gewerkschaften beschließen, am Montag alle Betriebe ruhen zu lassen und Demonstrationen zu veranstalten. Letztere werden von der Militärbehörde wegen des Belagerungszustandes verboten. Daraufhin haben sich die Gewerkschaften durch Verweigerung des Reichskommissars an die Reichsregierung gewandt, um das Verbot der Militärbehörde rückgängig zu machen. Hierauf ist zur Stunde noch keine Entscheidung eingegangen. Jedenfalls ist die Betriebsstilllegung näher. Auch die Straßenbahn wird nicht verkehren. Es ist zu erwarten, daß sich die Rundgebungen auf ganz Rheinland-Westfalen erstrecken werden.

Verailles, 19. Juli. (Drahtbericht) Nach einer Unterredung mit Clemenceau hat der Verwaltungsrat des allgemeinen Arbeiterverbandes gestern beschlossen, den für den 21. Juli geplanten allgemeinen Ausbruch zu vertagen.

Genf, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Während die Meldungen aus Paris im allgemeinen hervorheben, daß der Gedanke an den 24stündigen Generalstreik am 21. Juli vertiert,

befragt eine Meldung des Bureau Europapress aus Paris, daß die von der Regierung in der Frage der Lebensmittelsteuerung gemachten Zugeständnisse von den Gewerkschaften nicht als genügend anerkannt werden. Es wurde beschlossen, die Propaganda zugunsten des 24stündigen Generalstreiks nicht einzustellen.

## Hindenburgs und Bethmanns Anerbieten abgelehnt

Verailles, 19. Juli. (Drahtbericht) Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ wissen will, hat die Kommission für die Verantwortlichkeit am Kriege beschlossen, das Verlangen Hindenburgs und Bethmanns Hollwegs, für den Kaiser einzutreten, abzulehnen.

Paris, 19. Juli. (Reuter) Der Ausschuss zur Untersuchung der Verantwortlichkeit hat dem Obersten Rat seinen Bericht vorgelegt, in dem vorgeschlagen wird, daß keine anderen Personen an Stelle des ehemaligen Kaisers verurteilt werden dürfen.

Amsterdam, 19. Juli. (Drahtbericht) Der Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatts“ in Amsterdam erzählt, daß der frühere Deutsche Kaiser zwar sehr nervös sei, daß aber von einer ersten Nervenerkrankung nicht die Rede sein könne.

## Auflösung des französischen Hauptquartiers

Paris, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Marschall Pétain hat nach dem „Echo de Paris“ vorgeschlagen, das große französische Hauptquartier am 4. August aufzulösen. Seine Dienststelle in Chaumont soll nach Marschall Pétain als Leiter wiederhergestellt werden.

Koblenz, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Teile der Wehrmacht sind in belgischen und amerikanischen Abschnitten werden Anfang August durch französische Kräfte ersetzt. Im Reichler Brückenkopfgebiet sind französische Jägerbataillone zur Ablösung schwarzer Kolonialtruppen eingetroffen. Den Abzug entlang beachtlichen die französischen Militärbehörden die Schutz- und Festungswerke aufzugeben.

Rotterdam, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) „Daily Mail“ meldet, daß für die deutschen Luftangriffe auf London insgesamt 4 1/2 Milliarden Schilling von Deutschland gefordert werden.

## Die Bußforderung des Marschalls Foch

Genf, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Die bevorstehende Antwort der deutschen Regierung auf die Forderungen Frankreichs wegen der Freisetzung des Sergeanten Manheim, die die Zahlung der Buße ablehnt, wird in Paris sehr ernst beurteilt. „Somme Libre“ meldet: Frankreich wird nicht nachgeben. Der „Temps“ schreibt: Marschall Foch wird die Maßnahmen treffen, um Deutschland, das noch keinen Frieden hat, zu zwingen, Frankreich Ehre und Entschädigung zu geben.

Berlin, 19. Juli. (Drahtbericht) Zu der Note der deutschen Regierung auf die Bußforderung Fochs schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ u. a.: Die Anforderung einer Buße ist vom völkerrechtlichen Standpunkt unbedenklich, man könnte sogar unverständlich. Es muß nach wie vor mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß Marschall Foch zur Verhängung von Strafen jetzt überhaupt nicht mehr — keinesfalls aber außerhalb des besetzten Gebietes — berechtigt ist. Es liegt zweifellos aber für uns eine Berechtigung vor, von der französischen Regierung für die Ereignisse, die sich bei der Abreise der deutschen Delegation in Versailles abspielten und bei denen mehrere Mitglieder der Delegation mehr oder weniger schwer verletzt wurden, Entschädigungsansprüche zu stellen.

## Eine Mahnung des Papstes

Genève, 19. Juli. (Drahtbericht) Der Papst hat an die deutschen Bischöfe einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Nach Beendigung des langen Kampfes und nach Unterzeichnung des Friedens hat die Blockade endlich aufgehört, die auch unter den Nichtkämpfern so große Opfer gefordert hat. Aller Gedanken muß sein, möglichst schnell die Kriegsschäden zu heilen. Damit in Deutschland nicht bolschewistische Unruhen eintreten, müßt ihr alle Anstrengungen machen, dem Volk Lebensmittel zuzuführen. Deshalb laßt durch die Pfarrer das Landvolk ermahnen, daß es alle überflüssigen Lebensmittel dem verhungerten Stadtvolk abgibt. Außerdem hoffen wir, daß auch die Angehörigen der anderen zivilisierten und katholischen Nationen dem deutschen Volke helfen werden, von dem wir wissen, daß es in Not ist. Alle müßt ihr Euch das Wort des Apostels Johannes ins Gedächtnis rufen: Meine Söhne, wir wollen nicht mit Worten und Zungen reden, sondern mit den Taten und der Wirklichkeit. Ferner sollt ihr alle eure Autorität anwenden, um die geistigen Schäden zu heilen und jedes Haßgefühl gegen eure bisherigen Feinde und gegen eure Mitbürger von anderen Parteien zu beseitigen.“

Saarbrücken, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Die klerikale „Saarzeitung“ erläßt von bestinformierter Seite, daß im neuen Saarstaate die Bildung einer Diözese mit Einverständnis des Bischofs von Trier vorgesehen ist. Als Residenzstadt des neuen Oberbistums kommt Saarbrücken in Frage. Es wird demnach aus Teilen der Bistümer Trier und Speyer ein neues Bistum geschaffen, das den Namen Saarbistum tragen wird.

## Die Arbeiterstellung für den Wiederaufbau

Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht) Die französische Presse nicht selten wiederum die Frage der Entlassung deutscher Zivilarbeiter auf, die in die zerstörten Gebiete kommen sollen, um die Arbeiten der deutschen Kriegsgesangenen fortzusetzen und bemerkt dazu, Berlin lasse sich offenbar recht viel Zeit hiermit; folgedessen müsse Frankreich die Rücksendung der Kriegsgesangenen verlangen und darauf bestehen, daß Deutschland die in dem Vertrag übernommene Verpflichtung erfüllt. — Diese Ausführungen betreffen

offenbar auf einem Mißverständnis; denn die französische Regierung hat erst am Freitag, den 11. Juli, bei Beginn der Ausführenden Verhandlungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs, Deutschlands Vorschläge, über die Modalitäten der Zusammenziehung und Unterbringung der Arbeiter erörtert. Von einer Verzögerung kann bei der kurzen Zeit freilich nicht die Rede sein. Ebenso wenig kann man von einer Verlangsamung des Abtransportes der deutschen Kriegsgesangenen sprechen, da dieser leider überhaupt noch nicht begonnen hat. Zudem ist von dem Vorsitzenden der internationalen Wiederaufbaukommission, wie bereits gemeldet, ausdrücklich erklärt worden, daß der Rücktransport der Kriegsgesangenen nicht von der Befreiung der Arbeiter abhängig gemacht werde.

## Ein Arbeiterkabinett in England?

London, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht) Die englische Arbeiterpartei tritt bereits jetzt Vorbereitungen zu der im Herbst zu erwartenden Wahlkampagne, bei der man, wie Europapress meldet, wesentlich besser abzuscheiden hofft, als im vorigen Winter. Selbst die konservativen und liberalen Kreise rechnen mit einem scharfen Zuwachs der Arbeitermandate. Man spricht sogar von der Möglichkeit eines Arbeiterkabinetts mit Henderson als Premierminister. Sowohl Adamsen, der Vorsitzende der Parlamentarischen Arbeiterpartei, als auch Frank Hodges, der Sekretar der Bergarbeitergewerkschaft, haben dieser Tage bedeutungsvolle Reden gehalten, in denen die Verwirklichung gewisser Industriellen als unabänderliche Forderungen aufgestellt wurden. Hodges erklärte, daß, wenn die Arbeiter politisch nicht stark genug wären, ihre Forderungen durchzusetzen, man es auf eine wirtschaftliche Kraftprobe ankommen lassen müsse.

London, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Eine Europapressmeldung zufolge hat Churchill aufseherregende Mitteilungen über die Gründung einer neuen Partei gemacht. Die neue Partei soll die gemäßigten Elemente der nationalen und der unionistischen Partei angehörenden Mitglieder umfassen. Die neue Partei wird den Namen Koalitionsgruppe des Zentrums annehmen. Man nimmt an, daß Lloyd George und Bonar Law hinter der Neugründung stehen und sich über ein gemeinsames Programm geeinigt haben. Was das Programm der neuen Partei anbelangt, so wird behauptet, Bonar Law habe sich verpflichtet, Konzeptionen auf dem Boden der Schulstille zu machen, wenn Lloyd George die Frage der Nationalisierung verdrücke. Das Nationalisierungsprojekt soll, um den Schein zu wahren, zunächst weiter betrieben, doch soll seine Ausführung verzögert werden. Außer den Genossen soll eine große Anzahl anderer Politiker die Partei unterstützen, so Sir Auckland Geddes und Sir Eric Geddes und Sir Hoare.

## Ein großschwäbischer Freistaat?

Karlsruhe, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht) Die Presse in Baden bespricht neuerdings den Gedanken einer Vereinigung zwischen Württemberg und Baden, namentlich jenen eines großschwäbischen Freistaates. Die badische Regierung steht dem Projekt durchaus zurückhaltend und abwartend gegenüber. Im Gegensatz zu Württemberg macht man in Baden sehr gewichtige Bedenken gegen den Gedanken geltend, und auch in der großen Masse des badischen Volkes sind starke Widerstände gegen die Idee zu erkennen, da Baden bei einer solchen Vereinigung eine untergeordnete Rolle spielen würde.

\* Ueber die Wiederaufnahme des Volkvertrages mit Amerika liegt, wie wir erfahren, an zuständiger Stelle eine amtliche Nachricht nicht vor.

## Ein Gedenktag

Von Alfred Brodau,

Mitglied der Nationalversammlung.

Heute, am 19. Juli, sind zwei Jahre vergangen, seitdem der Deutsche Reichstag mit seiner Friedensresolution einen Schritt unternahm, dem wahnwitzigen Völkermorden ein Ende zu bereiten. Sein Bestreben, das deutsche Vaterland vor einem Zusammenbruch zu bewahren, wurde durch eine Hege belohnt, wie sie beispiellos daheer. Eine neue Partei wurde gegründet, die zum Zweck des Kampfes gegen die aus Fortschrittler, Zentrum und alten Sozialdemokraten bestehende Mehrheit des Reichstages, der man vorwarf, daß sie durch ihren „Schmach“, „Verleumdung“, „Hungerfrieden“ Deutschlands Zukunft verraten, das deutsche Volk um die „Früchte seiner Siege“ betrügen wolle. Heißsporn der Vaterlandspartei gingen so weit, Führer der Mehrheitspartien, wie Conrad Haugmann, der dieserhalb gegen einen Stuttgarter Professor Verleumdungsklage erheben mußte, der Befreiung durch amerikanisches und englisches Geld zu beschuldigen.

Ihr Ziel, einen Verständigungsfrieden zu verhindern, haben die Illusionisten erreicht. Wohl ist der Frieden diktiert worden, nach ihren Rezepten, aber uns, nicht den Feinden, deren Zusammenbruch man, des deutschen Endsieges sicher, mit der „Axt in der Hand“ vorrechnen zu können wähnte.

Der Verlauf der Dinge sollte nunmehr jedem bewiesen haben, daß der Reichstag auf dem richtigen Wege gewesen ist, als er unsere Regierung zum Verzicht auf Gewaltpolitik bestimmen wollte. Nur der eine Vorwurf kann den Reichstag noch treffen, daß er auf dem eingeschlagenen Wege nicht emsig genug fortgeschritten ist. Nachdem Amerika durch das leichtfertige Abenteuer des U-Bootkrieges auf den Plan gerufen worden war, mußte es für jeden, der sich Wirklichkeitsinn bewahrt hatte, klar sein, daß die Fortführung des Krieges zu unserem Zusammenbruch führen mußte, ein Frieden vor dem Zusammenbruch aber ohne Opfer unsererseits nicht zu erreichen war. Klar und unzweifelhaft mußte die Bereitschaft zur Wiedergutmachung der Schäden in Belgien und Nordfrankreich ausgesprochen werden. Staat dessen ließ Reichskanzler Michaelis unter Ludendorffs unheiligem Einfluß, indem er die Reichstagsentscheidung nur mit der Einschränkung „wie ich sie auffasse“ annahm, deutlich erkennen, daß die Reichsregierung ihre Absichten auf Erlangung der bekannten „Sicherungen“ nicht aufgegeben hatte, und der Reichstag ließ das ohne den entschiedenen Protest geschehen, der sogleich hätte einsehen müssen. So ist er auf halbem Wege stehen geblieben.

Das deutsche Volk wird als das der „Dichter und Denker“, aber auch als das der Träumer bezeichnet. Als solches hat es sich zu einem großen Teil dadurch erwiesen, daß es den Ernst unserer Lage nicht erkannte, der die Reichstagsmehrheit zu jener Entscheidung führte. Noch heute gibt es Leute, die in Träumen befangen die Ursachen und Zusammenhänge unserer Niederlage, die bei der gewaltigen feindlichen Uebermacht an Menschen und Material unvermeidbar war, nicht erkennen, sie in der Revolution suchen, ohne Einsicht dafür, daß diese nur eine Folge des Zusammenbruchs war, der schon vier Wochen vorher durch Ludendorffs dringendes Verlangen nach Waffenstillstandsverhandlungen in die Erscheinung getreten war. Neben demjenigen, die nicht zur Einsicht fähig sind, stehen aber auch genug, die ihren Irrtum nicht erkennen wollen, nicht zugeden wollen, daß sie das deutsche Volk in die Irre, zum schließlichen Zusammenbruch geführt haben. Nach der Methode des Ruffelders, der mit dem Ruf „Halte den Dieb“ durch die Gassen rennt, um sich der Ergreifung zu entziehen, klagen sie diejenigen an, die in Erkenntnis der Unsichtbarkeit unserer Lage zur Beendigung des Krieges durch Verzicht auf alle Gewaltpolitik drängten. Sie sollen den Siegeswillen untergraben, unsern Heer von hinten den Dolchstoß verleiht haben. Diese falschen Ankläger stellen noch heute die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 als die erste Ursache hin, die uns ins Verderben geführt habe. Zu ihnen gehört Helfferich, der kürzlich in seinem Vortrag in der Berliner Universität es gewagt hat, den 19. Juli 1917 als den „verhängnisvollsten Tag in der deutschen Geschichte“ zu bezeichnen. Helfferich hätte alle Veranlassung, sich ins stille Kämmerlein zurückzuziehen und zu schweigen, statt jetzt als Ankläger aufzutreten. Er ist einer der Kurzschichtigen gewesen, die zu dem verhängnisvollen U-Bootkrieg gedrängt haben; er ist es gewesen, der als Staatssekretär im Reichstag das Wort vom „Wienewicht der Milliarden“ prägte, das unsere Feinde, nicht wir, durch die Jahre jähne schleppen würden; er ist es, der die Verantwortung für die falsche Finanzpolitik trägt, die, nur auf den Endstrecke eingeklinkt, die Mittel für die Kriegführung ausschließlich aus inneren Anleihen beschaffte, von denen man wähnte, daß sie durch eine Kriegsentwöhnung Deckung finden würden.

Heute, wo es gilt, uns von dem Rand des Abgrundes emporzuarbeiten, an den wir durch eine falsche Kriegspolitik gedrängt worden sind, muß sich das Volk darüber klar sein, welche Männer es als seine berufenen Führer ansehen darf. Das sind nicht die Männer, die wie Helfferich fortgesetzt sich und uns über unsere Lage geistlich haben, das sind vor allem nicht die Männer, die jene Reichstagsentscheidung bekämpft und durch diese Verhängnisvollung wesentlich dazu beigetragen haben, daß sie uns den Frieden vor dem Zusammenbruch nicht gebracht hat.